

- Änderungen im Beschlussvorschlag unter teilweiser Übernahme Änderungsantrag
- Aufnahme Mitantragstellerin



hallesaale
HÄNDELSTADT

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2024/00507**
Datum: 04.02.2025
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Wend, Detlef,
Dr.med.

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.11.2024	öffentlich Entscheidung
Bildungsausschuss	04.02.2025	öffentlich Vorberatung
Jugendhilfeausschuss	06.02.2025	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	11.02.2025	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	26.02.2025	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Handlungsalternativen zur Minderung der Auswirkungen der sozialen und ethnischen Segregation auf die halleschen Grundschulen zu entwickeln und **prüfen und durch einen interkommunalen Vergleich sowie Austausch mit dem Bildungsministerium alternative Lösungen und Handlungsoptionen zu prüfen daraus Handlungsoptionen aufzuzeigen, die in der Stadt Halle (Saale) umsetzbar sind und das Ergebnis dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen.** Dabei sind neben Möglichkeiten zur strategischen

Anpassung der Schulbezirke auch weitere bestehende Handlungsoptionen aufzuzeigen **Handlungsmöglichkeiten zu prüfen.**

- a. ~~Ziele sollen u.a. eine gleichmäßigere Verteilung von Grundschulern mit unzureichender deutscher Sprachkompetenz und von Kindern unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft auf die Grundschulen im Stadtgebiet sein.~~ **Ziel sind gerechtere Bildungschancen für Kinder unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft und mit geringerer deutscher Sprachkompetenz durch mehr Kontakte mit Muttersprachlern, dies unter anderem durch eine gleichmäßigere Verteilung derer mit Unterstützungsbedarf.**
 - b. Hinsichtlich möglicher Anpassungen der Schulbezirke **bei zu hoher Zahl an Kindern mit geringer deutscher Sprachkompetenz oder über individuelle Anträge der Eltern, beispielsweise bei einer hohen Quote zur Sprachförderung an Grundschulen,** sollen auch Alternativen geprüft werden, die zu einer vertretbaren Überschreitung einer Schulweglänge von 2.000 m führen würden bzw. führen könnten.
 - c. Für jede Handlungsoption sind die jeweiligen Vor- und Nachteile, zur Umsetzung erforderliche Beschlüsse sowie etwaige Kosten darzustellen **sowie die Anzahl an Kindern je Schule mit Sprachförderbedarf (Deutsch).**
2. Der Bildungsausschuss ist ~~fortlaufend, mindestens jedoch alle zwei Monate,~~ **einmal im Quartal** über den Stand der Erarbeitung zu informieren.

gez. Dr. Detlef Wend
Stadtrat
Fraktion Volt / MitBürger

gez. Christoph Bernstiel
Fraktionsvorsitzender
CDU-Stadtratsfraktion

Begründung:

Halle gehört seit Jahren zu den deutschen Städten mit der höchsten ethnischen und sozialen Segregation von Kindern und Jugendlichen¹. Beide Segregationstypen weisen zudem ein hohes Maß an Überschneidungen auf. So leben zwar im gesamtstädtischen Durchschnitt „nur“ rund ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Armut, in einzelnen Stadtteilen sind es jedoch weit mehr als die Hälfte². Ähnlich verhält es sich bei den Hallensern ohne deutschen Pass. Aufgrund des Schulbezirksprinzips spiegelt sich die soziale und ethnische Segregation unmittelbar in der Zusammensetzung der Schülerschaft der städtischen Grundschulen wider. So haben zwar stadtwweit nur ein Fünftel bis ein Viertel der Grundschüler keinen deutschen Pass, an einzelnen Grundschulen liegt dieser Anteil jedoch deutlich höher. Verstärkt werden diese Effekte durch Ausweicheffekte der Eltern, die beispielsweise vermehrt private Grundschulen wählen³.

Die daraus resultierende schulische Segregation, das heißt die hohe Konzentration von Lernenden aus ressourcenarmen Elternhäusern an einzelnen Schulen, wirkt sich unmittelbar auf die Bildungschancen der Kinder an den betroffenen Schulen aus. Es ist inzwischen vielfach belegt, dass Lernende mit gleichen Voraussetzungen beziehungsweise Veranlagungen an Schulen, die stark von den Folgen sozialer und ethnischer Segregation betroffen sind, deutlich schlechtere Leistungen erbringen. Ebenso sind die positiven Effekte

¹ vgl. Helbig & Jähnen (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten

² Bildungsbeirat Halle (Saale) (2024): Bildungschancen für alle Kinder ermöglichen! Handlungsempfehlungen des Bildungsbeirates Halle (Saale) zum Umgang mit Kinderarmut in Bezug auf Bildung

³ vgl. Fincke & Lange (2012): Segregation an Grundschulen: Der Einfluss der elterlichen Schulwahl, verfügbar unter: <https://www.svr-migration.de/presse/segregation-an-grundschulen-elterliche-schulwahl-verschaerft-trennung-von-kindern-nach-herkunft/>

sozial heterogener Klassenverbände vielfach belegt.⁴ Gleichzeitig stellt eine hohe Konzentration von Kindern aus ressourcenarmen Elternhäusern eine große Belastung für die betroffenen Grundschulen dar – sei es aufgrund von Kommunikationsproblemen, die sich aus einem hohen Anteil von Eltern und Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache ergeben, sei es aufgrund der sozialen Probleme, die sich aus einem hohen Anteil von Kindern in Armutslagen ergeben. Während sich also einige stark betroffene Schulen mit enormem Engagement diesen Herausforderungen stellen und große Leistungen vollbringen, gibt es auf der anderen Seite Schulen, die sich aufgrund einer anderen Zusammensetzung ihrer Schülerschaft diesen Herausforderungen deutlich weniger stellen müssen. Diese Ungleichheit widerspricht dem Auftrag der Sozialgesetzgebung, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen.

Als Mittel gegen die Segregationsfolgen sind in jüngster Zeit vor allem Maßnahmen in der Zuständigkeit des Landes in den Vordergrund gerückt. So standen eine bessere Ausstattung problembelasteter Schulen auf der Basis von Sozialindizes („Ungleiches ungleich behandeln“) sowie die Qualifizierung von Schulkonzepten und Personal („interkulturelle Öffnung“) im Vordergrund. Der Druck auf die Ressourcenausstattung und Qualifizierung der Schulen steigt jedoch mit zunehmendem Segregationsgrad. Zudem ist unstrittig, dass einem komplexen Problem wie der schulischen Segregation nur mit einem integrierten Ansatz begegnet werden kann.

Deshalb ist es wichtig, dass die kommunale Schulpolitik ihre Handlungsspielräume voll ausschöpft, um eine gleichmäßigere Verteilung der Kinder auf die Grundschulen zu erreichen. Dazu bedarf es einer Diskussion aller möglichen Handlungsoptionen einschließlich einer stärkeren Lenkung der Schülerströme. Eine solche „strategische Ausgestaltung [der] Schulbezirke“ haben jüngst auch die Autoren der zweiten Halleschen Kinder- und Jugendstudie empfohlen⁵. Dabei sollten alle denkbaren Optionen in Betracht gezogen werden. So ist beispielsweise abzuwägen zwischen einer Überschreitung beziehungsweise Aufweichung der selbst gesetzten Grenze von 2.000 m Schulweglänge und der Wahrung möglichst gleicher Bildungschancen.

⁴ Für einen zugänglichen Überblick siehe Morris-Lange, Wendt & Wohlfarth (2013): Segregation an deutschen Schulen: Ausmaß, Folgen und Handlungsempfehlungen für bessere Bildungschancen sowie Breidenstein (13.01.2023): Ungleiche Grundschulen und das Versprechen der "Leistungsgerechtigkeit" im Schulsystem, verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/509295/ungleiche-grundschulen-und-das-versprechen-der-leistungsgerechtigkeit-im-schulsystem/>

⁵ Fehser et al. (2024): Was geht 2.0 Hallesche Kinder- und Jugendstudie 2024, S. 88, verfügbar unter: <https://halle.de/leben-in-halle/halle-fuer/kinder-und-jugend/kinder-und-jugendstudien>